Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Gir.-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 105. | Dienstag den 7. Mai 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Sitzung des Finanzausschusses.

Stuttgart, 4. Mai. Der Finanzausschuß des Landtags setzte heute vormittag die Beratung des Etats der Kultverwaltung bei Kap. 37 (Universität) fort. Hiebei bringt ein Sozialdemokrat die Ueberfüllung der Hochschulen zur Sprache und warnt vor dem Hochschulstudium. Ein Redner des Zentrums weist an Hand der neuesten Ziffern des Statistischen Reichsamts nach, daß aus den Gesamtziffern vielfach falsche Schlüsse gezogen werden, die oft in einer Form geschehen, daß dadurch eine Beeinträchtigung der Lebensfreude und Zukunftshoffnung der studierenden Jugend hervorgerufen wird. Neben der Sorge wegen des ungeheuren Zugangs zum akademischen Studium darf wann nicht vergessen, daß es noch Studienfächer gibt, bei denen keine Ueberfüllung vorhanden ist. Wie überall ist auch für die Ueberfüllung die letzte Ursache, daß das deutsche Volk unter der Last des verlorenen Krieges sich wirtschaftlich nicht aufrichten kann. Das Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkt ist zu groß, so daß die Wirtschaft die jungen Leute nicht aufnehmen kann. Ein Redner der Bürgerpartei ist der Ueberzeugung, daß die Ueberfüllung der Hochschulen allmählich zurückgeht. Sie war eine Folge der aufgeblähten Wirtschaft. Studienbeihilfen sind abzulehnen. Redner begrüßt den Ausbau der Landesuniversität. Ein demokratischer Redner ist der Ansicht, daß wir in Deutschland an einer Ueberschätzung der akademischen Bildung leiden. Studienbeihilfen an wirklich tüchtige Bedürftige sind zu begrüßen. Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei erklärt, daß von einer gut eingerichteten Universität auch die Gewinnung guter Dozenten abhängt. Der Kultminister gab zu, daß eine allgemeine Ueberschätzung des Wissens bei uns vorhanden ist. Man dürfe aber dann nicht das akademische Studium für Beamte verlangen, die bisher ohne akademisches Studium ihre Aufgaben erfüllen konnten. Als besonders dringlich wird der Ausbau der Neuen Aula und der Chirurgischen Klinik von der Regierung angesehen, der Bau einer Sternwarte in Tübingen mußte fallen gelassen werden zugunsten der Stuttgarter Gemäldegalerie, deren Neueinrichtung sehr dringlich ist. Die Fragen des Neubaus der Technischen Hochschule sollen in einer größeren Sitzung am nächsten Dienstag eingehend besprochen werden unter Zuziehung aller beteiligten Instanzen. Dem im Ausschuß geäußerten Wunsche, hervorragend begabte Personen zu fördern, kommt das Kultministerium entgegen durch eine Verordnung vom 15. April 1929 betr. Zulassung von Personen auf die Hochschulen auch ohne Reifezeugnis. Die Mehrzahl der deutschen Studierenden kommt aus dem Mittelstand. Zu Titel 6 wurde gegen eine Stimme folgender Antrag angenommen: „Gegen eine Ueberschreitung der über angeforderten Mittel für Beihilfen an bedürftige Studierende bis zur Höhe von 10 000 Mark keine Einwendungen zu erheben". Ein weitergehender kommunistischer Antrag wurde abgelehnt. In diesem Antrag war ein monatlicher Zuschuß von 150 Mark für Studierende verlangt, deren Eltern kein höheres Jahreseinkommen als 3000 Mark haben. Kapitel 39 wurde im übrigen genehmigt.

Forderung nach Vereinheitlichung der Landwirtschaftspflege!

Zu Beginn der Beratungen in der Samstagsitzung begründete Frhr. v. Stauffenberg eingehend seinen Antrag, „die Staatsregierung zu ersuchen, die staatlichen landwirtschaftlichen Verwaltungen durch Zusammenfassung in einem Ministerium zu vereinfachen und entsprechend dem Vorbild in anderen Ländern die Landwirtschaftspflege in weiterem Umfange als bisher unter entsprechender Ueberweisung von Staatsmitteln auf die Landwirtschaftskammer zu übertragen." Alle Fragen, die die Landwirtschaft betreffen, Angelegenheiten der Rinderzucht, des Weinbaus und der Schädlingsbekämpfung, auch die Schulfragen seien in der Kammer einer sachlicheren Behandlung sicherer als im politischen Parlament. Gutspächter Hermann-Hohenmühringen machte Bedenken gegen den Antrag geltend. Die weitgehenden Forderungen machten eine vorherige Fühlungnahme mit den Bauern draußen notwendig. Präsident Adorno stellte fest, daß die Feldbereinigung und das landw. Schulwesen nicht zur Landwirtschaftspflege zählen. Gutsbesitzer Mayer-Pommertsweiler und Abg. Dingler-Calw vertraten den lediglich anregenden Charakter des Antrags, dessen Konsequenzen im einzelnen noch eingehender Beratungen und Prüfungen bedürfen. Minister Beyerle hält die Frage der behördlichen Organisation nicht nur der Durchberatung, sondern auch des Handelns wert. Zu der Uebertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Kammer habe er in finanzieller Hinsicht die Befürchtung, daß der Staat die abzugebenden Gebiete nicht mehr als seine Aufgabe betrachte und dadurch die Beitragsleistung in Frage gestellt sei. Direktor Dr. Ströbel erklärte, daß die württ. Landwirtschaft das Anrecht habe, nicht schlechter behandelt zu werden, wie diejenige anderer Länder. Der württ. Staatsbeitrag für die Kammer betrage 80 000 Mark, Hessen gebe 125000 Mark, Sachsen 222 000 Mark. Die Landwirtschaft sei durchaus in der Lage, sich selbst zu verwalten. Der Wille zur Selbstverwaltung entscheide mit über die Zukunft des ganzen Berufsstandes. In gleichem Sinne äußerte sich Frhr. v. Stauffenberg. Unter Berufung auf die norddeutschen Verhältnisse, wo das Schulwesen seit 25 Jahren Aufgabengebiet der Kammern ist, kann Gutsbesitzer Herrmann-Blaufelden keinen sachlichen Grund erkennen, daß die Württ. Landwirtschaftskammer auf den ihr noch vorenthaltenen Gebieten versagen würde. In der dann folgenden Abstimmung wurde der Antrag Stauffenberg in seinem ersten Teil einstimmig angenommen. Den Antragsteil, der die Landwirtschaftspflege betrifft, zog der Antragsteller zugunsten eines Eventualantrags Dingler usw. zurück. Dieser Antrag wurde mit 50 gegen 20 Stimmen angenommen. Er betrifft das Ersuchen an die Staatsregierung, „die Rindviehzucht unter entsprechender Ueberweisung von Staatsmitteln auf die Landwirtschaftskammer zu übertragen und zu prüfen, ob weitere Teile der Landwirtschaftspflege der Kammer überwiesen werden können". Die Beratungen werden fortgesetzt.

Gegenstand der weiteren Beratungen waren die wirtschaftspolitischen Forderungen der landw. Spitzenorganisationen, die Direktor Dr. Ströbel in ihren Einzelheiten erläuterte. Nach Ausführungen von Frhr. v. Stauffenberg und Gutspächter Hermann-Hohenmühringen wurde eine Entschließung angenommen, die unter Hinweis auf die früher aufgestellten programmatischen Forderungen der württ. Landwirtschaft von der Reichsregierung sofortige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft fordert. Eine weitere Verzögerung würde eine katastrophale Lage der bäuerlichen Bevölkerung herbeiführen und unabsehbare Folgen zeitigen. Insbesondere wird verlangt, daß endlich in der Zoll-, Handels- und Preispolitik die Notlage der Landwirtschaft berücksichtigt wird, die Hilfsmaßnahmen zur Absatzförderung mit Nachdruck und mit ausreichenden Reichsmitteln fortgesetzt werden, die Eisenbahntarife so gestaltet werden, daß sie einen gewissen Schutz für die Inlandswaren bilden, und auf steuerpolitischem Gebiete eine Milderung der Lasten in Bälde herbeigeführt und erleichternde Bestimmungen für die Umschuldung in Bälde getroffen werden. Ueber den Entwurf eines Reichsmilchgesetzes sprach Generalsekretär Huber-Stuttgart. Der Entwurf sei noch keine Gesetzesvorlage, sondern ein Referentenentwurf, der den Landesregierungen und den beteiligten Wirtschaftskreisen zur Stellungnahme übermittelt worden sei. Der Entwurf sehe im wesentlichen eine reichsrechtliche Regelung des Verkehrs mit Milch, Milchzubereitungen und Milcherzeugnissen vor und greife unmittelbar in die Produktion und in den Absatz landw. Erzeugnisse ein. Mit Rücksicht auf die in den einzelnen Ländern bestehenden durchaus verschiedenen Verhältnisse würden gegen eine derartige reichsrechtliche Regelung große Bedenken bestehen. Das Gesetz müsse als Rahmengesetz die Möglichkeit vorsehen, alle Fragen, die auf der Grundlage verschiedenartiger Produktions- und Konsumtionsverhältnisse geregelt werden müßten, der Landesgesetzgebung vorzubehalten. Der Berichterstatter gab dann ein Bild der sich für die Erzeugergebiete der württ. Landwirtschaft bei der eventuellen Verabschiedung des Gesetzes, insbesondere in Hinsicht der Durchführung der vorgesehenen allgemeinen Vorschriften über den Verkehr mit Milch, ergebenden Schwierigkeiten und kam zu dem Ergebnis, daß der vorliegende Referentenentwurf in seiner jetzigen Form nicht den Wünschen der Landwirtschaft nach einem Rahmengesetz entspreche, da er ins einzelne gehende Vorschriften, die eine landesrechtliche Regelung nahezu ausschalten, enthalte. Freiherr v. Stauffenberg betonte, daß ohne ein Reichsmilchgesetz sich in der Zukunft nicht wirtschaften lasse. An der Aussprache beteiligten sich ferner teils für teils gegen, Schwörer-Oberstetten, Wirth-Maulach, Ehinger-Hohenstein, Dingler-Calw, und Mayer-Pommertsweiler. Der abschließend angenommene Antrag des Vorstandes sagt u. a.: „Die Anforderungen, die an die Milcherzeuger in persönlicher und sachlicher Hinsicht gestellt werden, sind in den Kleinbetrieben geradezu undurchführbar. Die Bestimmungen für Markenmilch und die Schaffung einheitlicher Sorten von Milcherzeugnissen und deren Kennzeichnung (Standardisierung) kann nicht Aufgabe des Reiches sein, sondern sie müssen auch weiterhin Sache der landw. Berufsvertretungen bleiben. Die Ueberwachungsvorschriften und die scharfen Strafbestimmungen des Gesetzes erinnern zu sehr an die Zeiten der Zwangswirtschaft und ihre nachteiligen Folgen. Insbesondere muß die Landwirtschaft jede finanzielle Belastung der Erzeuger auf das Entschiedenste ablehnen. Die Württ. Landwirtschaftskammer kann daher den Reichsmilchgesetzentwurf in seiner jetzigen Form nicht als eine geeignete Grundlage für das kommende Reichsmilchgesetz ansehen."

Sechste Vollversammlung des Württ. Gemeindetags.

Stuttgart, 4. Mai. Der Württ. Gemeindetag (Verband kleinerer Städte und Landgemeinden) hielt am Samstag vormittag im großen Saal des Sieglehauses seine 6. Vollversammlung ab, die aus dem ganzen Lande sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende des Gemeindetags, Stadtschultheiß Hayer-Besigheim, eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten. Anwesend waren u. a. Ministerialrat Pfleiderer vom Innenministerium, Oberregierungsrat Dunz vom Finanzministerium, Bürgermeister Dr. Klein von der Stadt Stuttgart, der Vizepräsident des Deutschen Landgemeindetages, Ministerialrat Schellen-Berlin, ferner Vertreter des Württ. Städtetags, des badischen und bayerischen Gemeindeverbands. Verwaltungsdirektor Schmid nahm dann in einem längeren Referat zu wichtigen Tagesfragen (Gemeindeordnung, Finanz- und Lastenausgleich) Stellung. Zur Gemeindeordnung führte er aus, sie erfülle so, wie der Entwurf aus der zweiten Lesung im Landtag hervorging, die Erwartungen der Gemeinden nicht. Auch die vom Staat durch Mehrleistungen auf dem Gebiet des Fürsorge- und Straßenwesens vorgesehene Verbesserung der Lastenverteilung zu Gunsten der Gemeinden wurde für ungenügend bezeichnet. Mit Nachdruck wurde die Ermäßigung des Anteils kleinerer Städte und Landgemeinden an den persönlichen Volksschullasten gefordert. Die Volksschullasten nähmen in einzelnen Gemeinden bis zu 14 Prozent Gemeindeumlagen in Anspruch. In der Frage der Vorbildung der Volksschullehrer wolle sich der Gemeindetag nicht einmischen. Mehrkosten, die aus einem anderen Bildungsgang der Lehrer entstünden, würden die Gemeinden aber entschieden ablehnen und an den Staat verweisen. Neben den Schulkosten sind die Gemeinden durch die Amtskörperschaftsumlagen steuerlich schwer belastet. Ein Lastenausgleich unter den Amtskörperschaften sei dringend erforderlich. Der natürlichste Lastenausgleich werde durch eine wesentliche Vergrößerung der bestehenden Amtskörperschaftsbezirke erzielt. Wenn man die kommunalen Amtskörperschaftsbezirke erweitere, müsse damit keinesfalls eine Aufteilung der staatlichen Oberamtsbezirke verbunden sein. Letztere lehne der Gemeinderat entschieden ab. Es könne kein Zweifel unterliegen, daß durch Wegnahme der staatlichen Behörden und Gerichte den kleinen Oberamtsstädten unersetzliches Lebensblut entzogen und manch kleine Oberamtsstadt wirtschaftlich und kulturell veröden würde. Die räumliche Uebereinstimmung von Amtskörperschaft und staatlichem Verwaltungsbezirk sei bisher gewiß zweckmäßig gewesen, sie sei aber nicht notwendig, und so könne man ohne unerträgliche Benachteiligung der ländlichen Oberamtsstädte und der Landbevölkerung die Amtskörperschaftsbezirke vergrößern und die Oberamtsbezirke belassen. Bei Zusammenfassung mehrerer Oberamtsbezirke zu einem Amtskörperschaftsbezirk könne daran gedacht werden, das zentral gelegene Oberamt mit einem Landrat und die übrigen Oberämter mit einem Regierungsrat zu besetzen. Dem Landratsamt könnten Aufgaben der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung übertragen werden, wodurch genannte Mittelinstanz entbehrlich würde, ohne daß die Kreisregierungen wieder aufleben. Die vorgeschlagene Neugliederung sei auch geeignet, die infolge veränderter verkehrs- und wirtschaftspolitischer Verhältnisse in manchen staatlichen Oberamtsbezirken notwendige Zusammenlegung zu erleichtern, weil hienach auf die steuerliche Leistungsfähigkeit des Bezirks keine Rücksicht mehr zu nehmen sei. Ein weiteres Referat erstattete Oberbaurat Sohler über „Neuzeitlicher Straßenbau in Stadt und Land". Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen: 1. Der Landtag wird dringend ersucht, in der neuen Gemeindeordnung in dritter Lesung folgende Anträge zu berücksichtigen: Wenn den beteiligten Gemeinden gegen die Zwangseingemeindung nicht der Rechtsschutz zugestanden werden will, dann hat anstelle der Regierungsverfügung die Gesetzgebung zu treten. Die Stellung des Ortsvorstehers ist so zu sichern, daß ihm die objektive Führung der Gemeindeverwaltung ermöglicht wird. Die Pflicht zur Zustellung der Entwürfe der Haushaltsvoranschläge an die Kollegialmitglieder ist davon abhängig zu machen, daß sie vom Kollegium beschlossen oder die Zustellung von einzelnen Mitgliedern gefordert wird. Bei Aufhebung von Teilgemeinden ist zwischen Teilgemeinden mit ungleichen Verhältnissen auf Antrag ein Lastenausgleich durchzuführen. 2. Dringend geboten ist, die kommunalen Amtskörperschaftsbezirke zur Hebung der Leistungsfähigkeit und Erzielung eines internen Lastenausgleichs wesentlich zu vergrößern. Die Aufteilung der Oberamtsbezirke lehnt der Gemeindetag ab. 3. Die kleineren Städte und Landgemeinden müssen endlich eine Erleichterung von den persönlichen Schullasten erfahren. Der Gemeindetag fordert die Anpassung der Berechnungsgrundlagen an die bestehenden Verhältnisse und die Herabsetzung des Anteilsatzes.

Stresemann über das Berufsbeamtentum.

Berlin, 6. Mai. Im Laufe der Aussprache in der Sonntagsitzung des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Volkspartei nahm auch der Parteiführer Dr. Stresemann das Wort. Er verwies auf die angespannte Kassenlage des Reiches, die die Auflegung neuer Reichsanleihen notwendig mache. Die wirkliche Lage werde dadurch mehr gekennzeichnet als durch die Veröffentlichungen des Reparationsagenten. In dieser Situation sei der kommunistische Vorstoß im Innern gekommen. Es habe sich wieder einmal die Berechtigung des Wortes erwiesen, daß ein Staat nicht bestehen könne, der nicht einen gesunden Stand habe, der zwischen dem Großkapital auf der einen und den proletarisierten Massen auf der anderen Seite vermittele. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß das Berufsbeamtentum verteidigt werde. Das Beamtentum sei immer das verläßlichste und festeste Gefüge des Staates gewesen. Der Minister warf die Frage auf, was geworden wäre, wenn die Beamtenschaft 1918 nicht ihre Pflicht getan hätte. Er schloß mit dem Wunsch, daß der alte sittliche Gedanke der Pflichttreue erhalten bleibe und unser Berufsbeamtentum auch in Zukunft zu den Säulen des Staatsgebäudes gehören möge.

Ausland.

Schanghai, 6. Mai. Der frühere Oberst Bauer, Ludendorffs Mitarbeiter, Kapps Helfer, und zuletzt der Militärberater der Nanking-Regierung, ist an Pocken gestorben.

Peking, 6. Mai. Am Samstag wurde in der Nähe der Stadt Kaifong ein Mordanschlag gegen Marschall Feng verübt. Die Attentäter versuchten den Zug Marschall Fengs in die Luft zu sprengen. Vier Wagen wurden zerstört. Sieben Soldaten der Leibwache des Marschalls sind ums Leben gekommen.

Aus Stadt und Bezirk.

1. **Neuenbürg**, 6. Mai. Vom herrlichsten Frühlingswetter begünstigt führte der Musikverein gestern seinen Familienausflug nach Waldrennach aus. Eine große Anzahl Mitglieder hatte sich eingefunden und war das Standkonzert im Schulhof Waldrennach außerordentlich stark besucht. Schultheiß Rechler begrüßte das Erscheinen des Musikvereins aus Neuenbürg und freute sich darüber, daß der Verein auch seiner Mitglieder in Waldrennach gedachte und seinen Ausflug dahin gewählt hat. Er bat die Anwesenden, zur Förderung der guten Sache den Verein finanziell zu unterstützen und Mitglied zu werden. Anschließend an das wirklich gut gelungene Konzert fand in den beiden Wirtschaften „Rößle" und „Sonne" gemütliches Beisammensein statt und vermochten die 2 großen Räume kaum die Erschienenen aufzunehmen. Gegen 7 Uhr verabschiedeten sich die Ausflügler und zogen frohen Mutes unter den Klängen der Musik nach Hause.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(Wetterbericht.) Süddeutschland liegt im Bereich eines schwachen Hochdrucks. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar mehrfach heiteres, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Höfen a. Enz, 6. Mai. Eine Stunde höchsten musikalischen Erlebens vereinigte am gestrigen Sonntag eine große Zahl Musikfreunde des Enztals in der hiesigen Kirche. Auch von den Höhen sind sie in stattlicher Anzahl gekommen. Das Wendling-Quartett spielte! Es bot uns Perlen klassischer Musik: Werke von Beethoven, Haydn und Reger. Und gab es in der Kirche keinen lauten Applaus, so merkte man der großen Musikgemeinde doch die innere Ergriffenheit von dem Dargebotenen an. „Ueber die geht nichts!" hörte man nachher sagen. Und in der Tat: Wenn die Wendlinge spielen, hat die Kritik zu schweigen; denn mit ihren Tönen schwebt der Geist erhabener Künstler durch den Raum. Möge es dem Bemühen der Frau A. Commerell, die sich viel Arbeit mit der Veranstaltung gemacht hat, auch das nächste Jahr wieder gelingen, das herrliche Wendling-Quartett wieder nach Höfen zu bekommen.

Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau. Nach der kühlen Witterung der vergangenen Wochen war der heutige Sonntag (5. Mai) vom herrlichsten Wetter begünstigt und trug in seinem Teil dazu bei, die Stimmung der Teilnehmer an der allgemeinen Gauwanderung, welche Hirsau zum Ziel hatte, wesentlich zu erhöhen. Die Enztalvereine sammelten sich in Calmbach, von wo aus die Wanderung über Obereichenbach durch das romantische Schweinbachtal führte, während sich die Nagoldtalvereine bei Neuheim sammelten. In der Bleiche bei Hirsau war die Vereinigung beider Talvereine, und in geschlossenem Zuge unter Vorantritt der Hirsauer Musikkapelle erfolgte der Einmarsch in Hirsau, wo in den alten Anlagen der stattliche Zug sich auflöste. Hier begrüßte zunächst Vorstand Walke vom T.V. Hirsau die Turner und Turnerinnen aufs herzlichste und gab seiner Freude über die große Teilnehmerzahl Ausdruck. Gauvertreter Proß begrüßte mit herzlichen Worten die Gauvereine und wieß auf die Bedeutung des heutigen Wandertags hin, der in ganz Deutschland von der Deutschen Turnerschaft durchgeführt werde. Neben den großen Vorzügen einer derartigen Wanderung komme auch in Betracht die Turnerfreundschaft immer mehr zu festigen. Nach einem eingenommenen Imbiß erfolgte die Aufstellung zum Waldlauf, an welchem sich zahlreiche Läufer beteiligten. Vor der Abwicklung der Waldläufe nahm Schultheiß Maulbetsch das Wort, um namens der Gemeinde Hirsau die zahlreiche Turnerschar aufs wärmste zu begrüßen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß sich die Jugend diesem schönen Turnerideal widme, was für eine gesunde Körperentwicklung im Interesse unseres deutschen Volkes sich angenehm auswirke. Als nachahmenswertes Beispiel führte er den großangelegten Turn- und Spielplatz des Turnvereins Calw vor Augen, welcher für die ganze Umgebung von Vorteil sei. Mit dem Wunsche, daß sämtliche Teilnehmer recht gute Eindrücke von Hirsau mit nach Hause nehmen mögen und mit einem beifällig aufgenommenen Gut Heil auf unsere deutsche Turnsache und unseren bewährten Gauvertreter Proß schloß der Redner seine Ausführungen. Als Propagandalauf wurde ein kurzer Stillauf durch einen Teil Hirsaus durchgeführt. Im darauffolgenden Jugendlauf (2 Km.) lief als 1. Emil Zündel-Calmbach durchs Ziel, 2. wurde Kocks, 3. Eugen Kempf-Wildberg, 4. Ed. Kicherer-Altensteig. Im Hauptlauf (ca. 5 Km.) errang sich den Sieg Hans Oehrle-Calmbach, 2. wurde Friedrich Stepper-Wildberg, 3. Hermann Täuble-Nagold, 4. Karl Gann-Calw, 6. A. Wagner-Nagold. Beim Mannschaftslauf wurde 1. Sieger im Hauptlauf Tv. Calmbach, 2. Tv. Wildberg; im Jugendlauf 1. Tv. Calmbach, 2. Tv. Calw. Die Gesamtteilnehmerzahl an der Wanderung betrug ca. 800, so daß sich nachmittags noch ein lebhaftes geselliges Beisammensein entwickelte. Der Gesangverein Liederkranz Hirsau, sowie die Kapelle des Musikvereins Hirsau verschönten durch klangvolle Lieder und Musikvorträge die überaus schön verlaufene Veranstaltung. Ein Schauturnen an verschiedenen Geräten fand große Aufmerksamkeit, und so wird diese Gauwanderung auch ihr Ziel als Werbung für unsere Deutsche Turnsache nicht verfehlt haben. Sch.

Fritz **Schumacher**
Pforzheim, Leopoldstr. 1.
Rabattmarken!

Größte Auswahl in
Strickkleidern
Pullovern
Westen

Württemberg.

Stuttgart, 6. Mai. (Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kirchenpräsidenten D. Dr. v. Merz.) Die Trauerfeierlichkeiten anläßlich der Beerdigung von Kirchenpräsident D. Dr. v. Merz sind in folgender Weise festgesetzt: Am Mittwoch findet um ½10 Uhr ein Trauergottesdienst in der Stiftskirche statt. Die Zeit der Beerdigung auf dem Pragfriedhof ist auf 11 Uhr festgesetzt. Die nähere Ordnung wird noch bekannt gegeben.

Stuttgart, 6. Mai. (Vom Württ. Kriegerbund.) Der Württ. Kriegerbund hielt am Samstag hier eine Frühjahrsversammlung des Gesamtpräsidiums ab, in der beschlossen wurde, Frau Fabrikant Anna Jäckle-Schwenningen das Ehrenkreuz für Verdienste von Frauen um den Württ. Kriegerbund die Silberne Brosche zu verleihen. Major a. D. Bürger erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1928. General Frhr. v. Watter teilte mit, daß die Sportabteilung des Württ. Kriegerbundes aus 500 Schützenabteilungen mit rund 13 000 Schützen besteht. Nach dem Rechenschaftsbericht von Verwaltungsdirektor Fortnagel hat der Bund im Jahr 1928 für Wohlfahrtszwecke 117 000 Mark ausgegeben. Den Tätigkeitsbericht der Fürsorgeabteilung erstattete der Bundesfürsorgeanwalt Bulka. Die Fürsorgeabteilung wurde stark in Anspruch genommen. Die ärztliche Beratungsstelle hat sich gut bewährt.

Stuttgart, 6. Mai. (Württ. Philologenverein.) Der Württ. Philologenverein hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung ab, wobei das Kultministerium durch Ministerialrat Dr. Löffler und Ministerialrat Dr. Weißwenger vertreten war. Nach Begrüßungsansprachen erstattete der Vorsitzende, Prof. Dr. Diehl, den Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, wobei er sich mit der Frage der Aufblähung der höheren Schule befaßte. Die Tendenz, die Klassenunterschiede durch Ueberwindung der Bildungsunterschiede zu überwinden, sei eine durchaus erfreuliche Erscheinung. Ueber Reifealter und Schule sprach Studiendirektor Dr. Kaichreuter.

Schwaigern, 6. Mai. (Die Abräumung des Brandplatzes.) Die Abräumung des Brandplatzes erforderte eine Aufwendung von 1817.70 RM., trotzdem jeder Pferdebesitzer mindestens einen Tag unentgeltlich Schutt abgeführt und nahezu jeder Bürger einen bis mehrere Tage unentgeltlich gearbeitet hat. An diesem Betrag hat die Stadt einen großen Teil selbst zu tragen, während den Rest die Gebäudebrandversicherung ersetzt.

Ebingen, 6. Mai. (Ein Ebinger Opfer der Berliner Kämpfe.) Unter den Todesopfern der Berliner Kommunistenunruhen befindet sich, wie jetzt bekannt wird, auch ein Ebinger und zwar der 23jährige Sohn von Veterinärrat Landenberger, Hermann Landenberger, der sich studienhalber in Berlin aufhielt. Hermann Landenberger befand sich unter den Zuschauern, wagte sich etwas zu weit vor und wurde von einem Querschläger so unglücklich in die Brust getroffen, daß er sofort tot war. Die schwer betroffenen Eltern, die das Schicksal um einen hoffnungsvollen Sohn betrog, erhielten am Samstag die Schreckensnachricht, die dann der nach Berlin geeilte Vater dort bestätigt fand.

Ravensburg, 6. Mai. (Die Mörder von Sederlitz.) Die in der Nähe von Donaueschingen festgenommenen 2 jüngeren Burschen, deren Aehnlichkeit mit den Mördern von Sederlitz Veranlassung gab, sie hieher ins Untersuchungsgefängnis zu transportieren, haben, wie verlautet, nach anfänglichem Leugnen eingestanden, die Tat begangen zu haben.

Denkmalweihe für die württ. Gebirgstruppen.

Stuttgart, 5. Mai. Ein neues Denkmal schmückt den Ehrenhain für die Gefallenen der württembergischen Truppenteile im Weltkrieg auf dem Waldfriedhof, das Ehrenmal für die württ. Gebirgstruppen (württ. Gebirgsschützenregiment, württ. Gebirgsartillerie-Abteilung Nr. 4 und Württ. Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 25), das heute Vormittag seine Weihe erhielt. Zu der Feier waren erschienen Justizminister Dr. Beyerle für die württ. Regierung, Direktor Aldinger von der Stadt Stuttgart, für die Reichswehr Oberstleutnant Ritter v. Molo in Vertretung des von Stuttgart abwesenden Divisionskommandeurs Generalleutnant Reinicke, von der alten Armee die Generäle v. Soden, Meerkatz, Sprösser, Flaischlen, Oberstleutnant Schnitzer, ferner die Krieger-, Regiments- und Militärvereine. Die Angehörigen der württembergischen Gebirgstruppen waren aus dem ganzen Lande in großer Zahl zusammengekommen und in geschlossenen Formationen anmarschiert. Als Traditionstruppenteile hatte die Reichswehr eine Abteilung des Inf.-Regts. 13 in Stuttgart und des Art.-Regts. Nr. 5 in Ludwigsburg entsandt. Neben dem Denkmal hatte eine Abteilung der Reichswehr mit 4 Fahnen und Standarten der alten Armee Aufstellung genommen. Feierliche Musik aus „Parsifal" von Wagner, gespielt von der Kapelle des 1. Gren.-Bataillons Inf.-Regts. Nr. 13, leitete die Feier ein. Nach dem Gesang „Sanktus" von Schubert, vorgetragen vom Singchor ehemaliger Olgagrenadiere, hielt der erste Kommandeur des württ. Gebirgsschützenregiments, Generalmajor Sprösser, die Gedenkrede. Er grüßte die alten Fahnen und Standarten der alten königlich württ. Armee, die Zeugen Deutschlands größter Zeit. Wir verehren in ihnen die Träger unvergänglichen Ruhmes und das Sinnbild höchster Mannes- und Soldatentugend, der Treue. Die Treue zu unseren toten Kameraden hat uns hier versammelt. Ueber ganz Europa zerstreut in Belgien, Frankreich, Rußland, Italien, Serbien und Rumänien, schlafen Tausende wackere Gebirgler ihren letzten Schlaf. Die meisten ihrer Gräber sind wie das Ehrenmal weiß nur auf den höchsten Bergen zu suchen und zu finden. Den Toten wie den Ueberlebenden als bleibendes Ehrenmal für treueste Pflichterfüllung vor dem Feind sei dieses Ehrenmal geweiht. Der Krieg ist noch nicht zu Ende. 58 Jahre lang soll Deutschland den Gegnern über 2 Milliarden Mark jährlich bezahlen. Es geht jetzt um die Zukunft unserer Buben und Mädels, die vertrauensvoll zu uns aufblicken, es geht auch um die Zukunft der noch ungeborenen Jugend. Noch nie war dringender der Ruf: Seid einig! Tausende toter Gebirgler richten diese Mahnung an uns, die Ueberlebenden. Unter den Klängen des Präsentiermarsches und bei gesenkten Fahnen fiel dann die Hülle vom Denkmal. Das Ehrenmal, geschmückt mit dem Edelweiß und dem Karpathenabzeichen, ist von Regierungsbaumeister Oelkrug unter Leitung von Professor Bonatz ausgeführt. Direktor Aldinger übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt Stuttgart, indem er darauf hinwies, daß die württ. Gebirgstruppen, so jung auch die Waffe und so kurz die Dauer ihres Bestehens war, im Kriege Hervorragendes geleistet haben, Waffentaten, die zu den glanzvollsten der Württemberger gehören. Darum sei auch der Name dieser Auslesetruppen im Buche der Geschichte und im Herzen des schwäbischen Volkes unauslöschlich. Der evangelische Geistliche, Pfarrer Pfisterer von Laufen am Kocher, wies auf die Bedeutung der Opfertat der Gefallenen hin. Erst im Opfer vollendet und erfüllt sich unser Leben. Die Toten verlangen, daß auch wir Opfermut aufringen. Der katholische Geistliche, Stadtdekan Msgr. Rau-Stuttgart, führte aus, daß den württembergischen Gebirgstruppen auf Grund ihrer Leistungen ganz besonders ein Ehrenmal hier oben gebührt. Sie waren eine Kerntruppe von Anfang an und die besten von allen Formationen. Dieser Gedenkstein ist für sie ein Mal der Ehre aber auch ein Ehrenmal der kameradschaftlichen Treue. Es folgten zahlreiche Kranzniederlegungen. Mit dem Vorbeimarsch der Traditionstruppenteile schloß die erhebende Feier. Am Nachmittag versammelten sich die Gebirgler zu einem kameradschaftlichen Zusammensein im Saalbau Dinkelacker. Der Begrüßungsabend für die Gebirgler hatte am Samstag Abend im St. Vinzenzhaus bei großer Beteiligung stattgefunden, wobei der Vorsitzende Weckler anläßlich der zehnjährigen Gründung des Vereins besonders geehrt wurde. Am Samstag vormittag hatte eine Abordnung am Königsgrab in Ludwigsburg mit einer kurzen Ansprache von Generalmajor a. D. Sprösser einen Kranz niedergelegt.

Baden.

Pforzheim, 6. Mai. Der 39jährige, verheiratete Chauffeur Karl Konrad von Lehningen fuhr gestern mit dem Motorrad seines Schwagers spazieren. Auf der Straße Schellbronn-Neuhausen stürzte er und erlitt einen Schädelbruch. Er starb heute nacht im hiesigen Krankenhaus.

Freiamt (Amt Emmendingen), 5. Mai. Auf gräßliche Weise verunglückte hier der 17 Jahre alte Gottlieb Gerber von Mußbach-Eckacker gebürtig. Er hatte sich auf ein Pferd seines Gespanns gesetzt, um auf das Gehöft seines Dienstherrn, des Hofbauern Gottlieb Bühler (Kernerbauer) nach Hause zu reiten. Durch irgend eine Ursache wurden die Tiere scheu, der junge Mann wurde abgeworfen, blieb im Geschirr hängen und wurde etwa 500 Meter weit geschleift. Als die Tiere auf dem Hof anlangten, war der Tod des schwerverletzten Gerber bereits eingetreten.

Kehl a. Rh., 6. Mai. Auf der Landstraße Kehl-Bodersweier überfuhr ein Auto den Händler Wunsch aus Kehl, der

Das Todesurteil.

Roman von Kurt Martin.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Vertrieb: Literarisches Büro „Das neue Leben", Bayr. Gmain, Oberbayern.

17

„Sie irren sich!"

Er sah sie zweifelnd an.

„Irren? — Oder wollen Sie sich nur nicht mehr Ihrer Verwandtschaft erinnern?"

Sie wandte sich zur Tür.

„Die Art Ihres Fragens ist unerhört, Herr Doktor! Ich wußte nicht, als ich Ihre Wohnung betrat, daß ich in das Haus eines Verehrers des Mörders Ulrich Jordan kam. Sie sind ungerecht und —"

„Verzeihung! Ich muß Sie unterbrechen. Ich sehe in Ulrich Jordan keinen Verbrecher! — Und selbst wenn er schuldig wäre —, will man dann aber auch noch seine Frau angreifen, wie Sie es vorhin taten, — dann ist man sehr ungerecht, dann ist man voll niedriger Denkart!"

„Herr Doktor!"

„Das ist meine Meinung, gnädige Frau!"

Er trat zur Tür, die in den Flur führte, und öffnete sie. Wortlos eilte sie an ihm vorbei, hinaus.

Erregt suchte er Frau und Sohn auf, die im Eßzimmer seiner warteten.

„Denkt mal, wer jetzt bei mir war! — Eine Fremde, die zu vorübergehendem Aufenthalt hier weilt. Und diese Fremde ist die Schwester Dr. Jordans. Ich weiß nicht, ob du dich noch erinnerst, Trude. Ich erzählte dir damals von dem Briefe dieser Frau an Frau Jordan; ihr Brief war voll Haß und Fluch. Und so wie damals, haßt sie auch heute noch ihren Bruder. Doch nicht nur ihn, auch Frau Jordan hat sie in boshafter Weise angegriffen. Ich konnte mir nicht helfen; ich mußte es ihr ins Gesicht sagen, wie abscheulich ihre Handlungsweise ist."

Während des Essens erzählte er ausführlicher.

Seine Frau fragte.

„Und sie hält es nicht für möglich, daß ihr Bruder schuldlos starb? Sie als die Schwester ist von der Schuld Dr. Jordans überzeugt?"

„Voll und ganz! Es war ihr unfaßbar, daß ich mit dieser Möglichkeit rechnete, ja, daß es mir eine Gewißheit ist. — Sei es drum! — Hast du gepackt, Reinhold?"

Der Sohn nickte.

„Ja, Vater, ich bin reisefertig."

„Gut. Ich dachte heute vormittag wiederholt über alles nach. Es ist schon am besten so. Ich will wissen, wie es den armen Menschen geht. Der Brief Frau Jordans sagt mir noch nicht alles. Am liebsten würde ich ja selbst reisen; aber das kann ich jetzt nicht, ich habe zu viele Patienten liegen. — Dafür fährst du nach Zittau, Reinhold. Und sei recht nett zu den armen Menschen. Günther Jordan und sein Bruder Adalbert werden wohl sehr hart unter dem neuen Schlag leiden. Freunde dich mit ihnen an! Daß ihr Rektor anteilvoll und hilfsbereit ihnen beisteht, beweist mir, daß sie deiner Freundschaft wert sind. Du bist Neunzehn, und die beiden Jungen werden zwei oder drei Jahre jünger sein. Sage ihnen, daß ich mit ihnen fühle und ihnen alles Gute wünsche. Vergiß nichts von all dem, was ich dir schon heute früh sagte!"

Frau Trude meinte:

„Ob ich einmal an meine Freundin in Swinemünde schreibe? Vielleicht weiß sie Rat und könnte sie Frau Jordan beim Kauf eines Häuschens irgendwie dort oben behilflich sein."

Dr. Schmidt griff eifrig den Gedanken auf.

„Ja, das kannst du tun. Schreibe heute noch! Vielleicht nützt es etwas!" —

Um drei Uhr nachmittags begleitete Frau Trude Schmidt den Sohn zum Bahnhof. Ein eisiger Wind schlug ihnen entgegen, als sie die obere Bahnhofstraße erreichten. Sie sorgte sich um den Jungen.

„Erkälte dich ja nicht unterwegs, Reinhold!"

„Ach wo! Ich sehe mich schon vor!"

Vor einem Schokoladegeschäft machte Frau Trude plötzlich halt.

„Da ist ja noch das Mädelchen da, neben den Brüdern! Nimm ihm etwas Süßes mit!"

Sie traten in den Laden, und Frau Trude wählte einen Karton Pralinen.

„So, den nimmst du dem Kinde mit und sagst ihm einen Gruß von mir."

„Ich will's ausrichten."

Es hatte zu schneien begonnen, und der stürmische Ost trieb die Flocken in tollem Wirbel den Menschen entgegen, die dem Bahnhof zustrebten.

Ein Schnellzug fuhr fauchend über den hohen Damm, der durch die Häuserreihen schnitt. Frau Trude schritt mit dem Sohne durch die Unterführung, in der es vom Rollen der schweren Wagen des Zuges dröhnte.

Vor ihnen weitete sich der Bahnhofsvorplatz.

Bald standen sie auf dem langen Bahnsteig, des München—Dresdener Schnellzuges harrend. In Rauch gehüllt, vereist und schneeverweht brauste der Zug in den Bahnhof.

Es galt, eilig Abschied zu nehmen.

Hinter dem Fenster seines Abteils stand Reinhold Schmidt und winkte der Mutter ein letztes Lebewohl zu, während der Zug schon weiterglitt.

7.

Nun saßen sie das letzte Mal am Kaffeetisch beisammen. Olga hatte heute den Kaffeetisch schon um sieben Uhr gedeckt. Halb neun ging der Zug, der Günther und Adalbert mit dem Gast des Hauses, Reinhold Schmidt, nach Dresden bringen sollte. Frau Jutta rang mühsam ihre Erregung nieder. Sie sagte sich immer wieder: Es ist ja gut so! Die Jungen haben frischen Lebensmut! — Aber trotzdem bangte ihr vor dem Abschied. — Wie würde sie sie wiedersehen? Wie würde alles werden? —

Adalbert plauderte eifrig.

„Ich bin so froh, daß wir wenigstens bis Dresden nicht allein reisen müssen, daß du mit uns fährst, Reinhold."

Sie hatten sich rasch angefreundet, die drei Jungen, und Irmingard, die auf der Mutter Offenbarung hin erst still und ernst geworden war, schien gleichfalls durch den neuen Freund ihrer Brüder, der da in ihr Haus gekommen war, wiederaufzuleben.

Reinhold Schmidt wandte sich an Frau Jutta.

„Und nicht wahr, Frau Doktor, Sie schreiben Vater alles, was Ihnen Sorge bereitet. Vielleicht findet sich doch schon recht bald Gelegenheit, daß Sie ein neues Heim an der Ostsee Ihr Eigen nennen können."

Frau Jutta sah ihn dankbar an.

„Es ist mein Herzenswunsch."

„Ich kann es Ihnen nachfühlen."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dabei einen Schädelbruch, Beinbruch und Rippenbrüche davontrug, an deren Folgen er noch immer bedenklich darniederliegt. Der an dem Unfall schuldige Autofahrer ließ, als er sah, was er angerichtet hatte, den Unglücklichen ohne jede Hilfe liegen und fuhr davon. Etwa 500 Meter weiter hielt er zwei Mädchen an, denen er sagte, daß dahinten auf der Straße ein Mann liege, der anscheinend überfahren worden sei. Er wolle schnell nach der Gendarmerie und zum Arzt fahren. Statt das wahr zu machen, fuhr er nach Kehl und von da über die Brücke nach Straßburg. An der französischen Zollkontrolle stellte ein Beamter am Vorderrad und Schutzblech Blutspuren fest, außerdem war zwischen Kotflügel und Motorhaube ein Münsterkäse aus den Warenbeständen des Ueberfahrenen eingeklemmt. Auf Befragen gab er ausweichende Antworten. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich bei dem rücksichtslosen und auch feigen Autofahrer um den Ingenieur Fehrenbach aus Baden-Baden, der sich seit seiner Flucht nunmehr in Straßburg aufhält. Nachträglich wird auch noch bekannt, daß Fehrenbach auch in Baden-Baden vor kurzem einen Arbeiter überfahren hat, der längere Zeit im Krankenhaus liegen mußte, weiter hat er kürzlich auch in Straßburg einen Zusammenstoß gehabt.

Vermischtes.

Strafanträge im Teutonia-Prozeß. Der seit fast einem Monat dauernde Prozeß gegen die ehemaligen Leiter der Oelwerke Teutonia in Harburg steht jetzt vor seinem Ende. Die Teutonia, einstmals ein Eckpfeiler der deutschen Industrie, mußte vor einem Jahr wegen der betrügerischen Umtriebe ihrer Leiter den Betrieb schließen. Fast 1000 Arbeiter und Angestellte verloren dadurch ihr Brot. Der Staatsanwalt stellte folgende Strafanträge: Generaldirektor Tychsen, ein Däne, soll wegen Konkurs-Verbrechen 15 Monate Gefängnis erhalten. Sein Landsmann, Direktor Hansen, soll zu einer Reihe von Strafen wegen Konkursverbrechen, fortgesetzten Betruges und Unterschlagung, die zusammengezogen werden sollen, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden. Gegen die Prokuristen Schmidt und Pedersen, der letztere ist auch Däne, beantragte der Staatsanwalt wegen Beihilfe zum Konkursverbrechen und Betrug je 3 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt betonte, daß bei der Teutonia jahrelang mit ganz außerordentlicher Leichtfertigkeit mit fremden Geldern gewirtschaftet worden sei. Die dänischen Banken hätten von der schlechten Lage der Teutonia nichts gewußt, und es sei völlig ausgeschlossen, daß sie irgendwie ihre Hand dabei im Spiele hätten.

Erdbeben in Persien. In Persien in der Provinz Kharassan hat sich das heftigste Erdbeben in der Geschichte Persiens ereignet, durch das Tausende von Menschenleben umgekommen sind und großer Schaden angerichtet wurde. Innerhalb von 27 Stunden ereigneten sich 12 Stöße, die von 20 Sekunden bis 3 Minuten andauerten. Das Erdbebengebiet dehnt sich bis Bandargaz, einem wichtigen Hafen im Persischen Golf aus. Nach dem Bericht der „Chicago Tribune" aus Teheran sind in der Stadt Bojnurd 400 Einwohner getötet und über 400 öffentliche Bazaere zerstört. Viele der Leichen sind unter den Trümmern begraben. In demselben Bezirk sollen weitere 20 kleinere Ortschaften vollkommen zerstört und alle Bewohner und alles Vieh getötet worden sein. In der Stadt Cherwan beläuft sich die Zahl der Toten auf 1000, und beinahe alles Vieh in der Stadt wurde getötet. In vielen anderen Städten sind sämtliche Gebäude zerstört und auf weiten Strecken des Erdbebengebiets sind keinerlei Anzeichen menschlichen Lebens bemerkbar. Eine große Anzahl Ortschaften ist vollständig vom Erdboden verschwunden.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 6. Mai. (Landesproduktenbörse.) Bei täglich schwankenden Terminnotierungen verkehrte der Getreidemarkt in abgelaufener Woche in lustloser Haltung. Inlandsgetreide war wiederum nur schwach angeboten und für ausländische Ware herrschte nur etwas Kauflust für greifbare und nahe Sichten. Es notierten je 100 Kg: Auslandsweizen 25.50—27.50 (am 29. April 26.25—27.75), württ. Weizen 23.50—24.25 (23.50—24.50), Sommergerste 23.50—24.50 (unv.), Roggen 22.50—23.25 (unv.), Hafer 22.25—23.25 (unv.), Wiesenheu 9.50—10.50 (unv.), Kleeheu 11—12 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 5—6 (unv.), Weizenmehl 34.50—35 (unv.), Brotmehl 26.50—27 (unv.), Kleie 13.50—14 (unv.) Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 6. Mai. Aus Anlaß des Jubiläums der Technischen Hochschule werden Reichskanzler Müller und Reichsminister Severing nach Stuttgart kommen. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern werden gleichzeitig der württembergischen Regierung ihren Besuch abstatten.

Hechingen, 6. Mai. Bei Ausschreiben für die Stadtvorstandsstelle in Hechingen meldeten sich 58 Bewerber. Davon kamen 2, darunter Stadtpfleger Bindereif-Neckarsulm, in die engere Wahl. Am gestrigen Vormittag wurde nun Stadtpfleger Bindereif mit 14 von 16 Magistratsstimmen zum Bürgermeister gewählt. Die Wahl ist ein erneuter Beweis für die außerordentliche Tüchtigkeit dieses 32 Jahre alten Beamten.

München, 6. Mai. Das Ministerium des Innern hat mit Entschließung vom heutigen den Rot-Frontkämpferbund und die Rote Jungfront in Bayern mit allen ihren Nebenorganisationen verboten und aufgelöst. Das Vermögen wurde beschlagnahmt.

Duisburg, 6. Mai. In Ausführung des vom preußischen Minister des Innern ergangenen Verbotes des Rotfrontkämpferbundes ging die hiesige Kriminalpolizei heute früh zur Auflösung der Duisburger Distrikte des Bundes über. In allen dem Bund dienenden Versammlungslokalen wurde das Rotfront gehörige Material, wie Geräte, Mobilar, Fahnen, Musikinstrumente usw. beschlagnahmt und auf dem Polizeipräsidium sichergestellt. Auch eine Menge Akten wurde beschlagnahmt. Die Aktion ist, soweit bekannt, ohne jede Störung vonstatten gegangen.

Essen, 6. Mai. Unter dem Verdacht, an dem am 22. Februar auf zwei Beamte der Zeche Matthias Stinnes in Gladbeck verübten Raubüberfall, bei dem den Räubern 118000 Mk. in die Hände fielen, als Täter oder Mitwisser beteiligt zu sein, sind von der Kriminalpolizei von Essen und Recklinghausen heute früh 24 Personen verhaftet worden.

Halle, 6. Mai. In Golbig sind die drei zwei bis sechs Jahre alten Kinder des Geschirrführers Ritsche, die die Mutter, als sie Einkäufe machte, eingeschlossen hatte, durch Grubengase getötet worden. Die Frau fand die Kinder bei ihrer Rückkehr tot auf.

Nordhorn, (Westf.), 6. Mai. Heute nachmittag entstand in dem Hause eines Arztes Feuer, das, begünstigt durch den lebhaften Südwestwind, sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Mehrere Wohn- und Geschäftshäuser der benachbarten Straßen wurden vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehr ist zur Zeit mit der Bekämpfung des gewaltigen Brandes beschäftigt, der immer weitere Ausdehnung zu gewinnen droht. Fünf Häuser sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen.

Magdeburg, 6. Mai. Die kommunistische Tageszeitung „Tribüne" ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen für die Zeit vom 6. Mai bis einschließlich 20. Mai auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 verboten worden. Anlaß zu diesem Verbot gab der Leitartikel des Blattes vom 3. Mai, der sich mit den Berliner Vorgängen vom 1. Mai kritisch befaßte und zum Schluß u. a. zur „Bewaffnung des Proletariats, sowie zur Begehung von Gesetzwidrigkeiten" aufforderte. Das Magdeburger Büro des Rotfrontkämpferbundes ist heute vormittag polizeilich geschlossen worden.

Riesa a. E., 6. Mai. In der chemischen Fabrik von Heine & Co. in Gröba entstand durch Selbstentzündung von Aether beim Abschlämpfen ein Brand, durch den das betroffene Gebäude bis auf die Grundmauern abbrannte. Durch die herumspritzende brennende Aethermenge und die übrigen dort lagernden leicht brennbaren Materialien stand das Gebäude bald gänzlich in Flammen. Mehrere Feuerwehren bekämpften den Brand mit 13 Schlauchleitungen, sodaß das Feuer bald eingedämmt und weitere Gefahr beseitigt werden konnte. Von den Arbeitern erlitten mehrere leichte Verletzungen. Sieben Feuerwehrleute trugen durch mehrere während des Brandes erfolgende Explosionen zum Teil schwere Verletzungen davon.

Berlin, 6. Mai. Die Reichsbahndirektion macht gegenüber den gegen sie erhobenen Vorwürfen geltend, daß das Verantwortungsbewußtsein sie abhalte, durch Lohnerhöhung ein Defizit von 80 Millionen herbeizuführen.

Berlin, 6. Mai. Ein größeres Aufgebot der Polizei, bestehend aus uniformierten und Kriminalbeamten hat heute nachmittag eine Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses in der Kleinen Alexanderstraße vorgenommen, in welchem sich die deutsche Sektion der Dritten Internationale, Bezirk Berlin-Brandenburg, befindet. Die beschlagnahmten Druckschen und Schriftstücke sind der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums zu einer eingehenden Durchsicht übergeben worden.

Berlin, 6. Mai. Im Verlauf der letzten April- und 1. Maitage sind bei den durch die Demonstrationen der Kommunisten verursachten Unruhen insgesamt 23 Personen, und zwar 17 Männer und 5 Frauen, durch Schüsse ums Leben gekommen. Dazu kommt noch ein Todesfall während eines Tumultes auf dem Alexanderplatz, wo ein Passant unter ein Polizeiauto geriet.

Berlin, 6. Mai. Die englische Botschaft hat sich hier nach der Persönlichkeit und den Todesumständen des neuseeländischen Journalisten erkundigt. Feststeht, daß er trotz Verwarnung sich auf eigene Verantwortung in die gefährdete Zone begeben hat. Morgen wird die Leiche obduziert werden, und erst dann kann über die Todesursache endgültiges mitgeteilt werden. Das Auswärtige Amt wird den Angehörigen des Verstorbenen sein Beileid übermitteln.

Berlin, 6. Mai. Der Reichskanzler hat an den österreichischen Bundeskanzler Streeruwitz nachfolgendes Telegramm gerichtet: Mit dem Dank für die herzlichen Worte der Begrüßung, die Sie, Herr Bundeskanzler, beim Antritt Ihres Amtes an mich richteten, verbinde ich die aufrichtigsten Wünsche für Ihre zukünftige Amtstätigkeit. Ihr Gruß hat in allen deutschen Herzen als ein neuer Beweis unserer unlöslichen Verbundenheit mit den Brüdern in Oesterreich den freudigsten Widerhall gefunden.

Berlin, 6. Mai. Der frühere königlich preußische Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Exzellenz Max Freiherr von Thielmann, Mitglied des ehemaligen Herrenhauses, ist im Alter von 83 Jahren in Berlin verstorben.

Berlin, 6. Mai. Wegen Wechselbetrugs wurde heute der Kaufmann Meyer verhaftet, der Anfang des Jahres ein „Möbelhaus am Zoo" gegründet und seine umfangreichen Bestellungen bei Möbelfabrikanten mit Wechseln bezahlt hatte. Als Sicherheit für die Wechsel hatte Meyer ein Stahlkoffer im angeblichen Werte von 150000 Mark angegeben, dessen wirklicher Wert jedoch nur 3000 Mark beträgt. Die bestellten Zimmereinrichtungen hat Meyer zur Hälfte des Wertes verschleudert und sich außerdem des Pfandbruchs schuldig gemacht. Der Gesamtschaden wird auf zirka 75000 Mark geschätzt.

Berlin, 6. Mai. In der Kirchheide Heiligensee verübte heute nachmittag der praktische Arzt Dr. med. H. Gorella Selbstmord. Er war im Ambulatorium der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft als Assistenzarzt tätig. Wie verlautet, hatte er vor einiger Zeit dort Differenzen. Am Montag früh lief bei dem Leiter, Sanitätsrat Joseph, sein Kündigungsschreiben ein. Ob diese Differenzen den Anstoß zu dem Selbstmord gegeben haben, steht noch nicht fest.

Tönnin (Eider), 6. Mai. Auf einer hier abgehaltenen Zwangsversteigerung von landwirtschaftlichen Geräten und einem Schwein wurde kein einziges Gebot abgegeben, obwohl annähernd 60 Personen erschienen waren.

Tilsit, 6. Mai. Ein erschütterndes Familiendrama, dem fünf Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Tilsiter Niederung ereignet. Der Gutsbesitzer Alfred Grigull aus Leitwarten bei Neukirch im Kreise Niederung hat wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten am Sonntag morgen seine Frau und seine drei Kinder anscheinend durch Gift ums Leben gebracht und dann sich selbst das Leben genommen. Der Inspektor fand das Ehepaar tot im Bette liegend auf. In dem anderen Zimmer lagen auch die drei Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen im Alter von sieben bis zehn Jahren, leblos in den Betten. Die bisherigen Ermittlungen lassen darauf schließen, daß die ganze Familie durch eine übermäßige Dosis Morphium vergiftet worden ist.

Klarhof (Ostpreußen), 6. Mai. Die beiden Kinder des Landwirts Jang erhielten von einem befreundeten Knaben Wurzeln, die sie für Gemüse hielten und verzehrten. Unter schweren Vergiftungserscheinungen wurden sie ins Krankenhaus eingeliefert, wo festgestellt wurde, daß sie Wasserschierling genossen hatten. Beide Kinder sind an den Folgen der Vergiftung gestorben.

Budapest, 6. Mai. In der Nähe der Stadt Hodmezö-Vasarhely wurde gestern auf einem Bahnübergang ein Wagen, auf dem eine fünfköpfige Familie von einer Hochzeitsfeierlichkeit heimfuhr, von einem Personenzug erfaßt. Drei der Insassen des Wagens wurden getötet, ein vierter lebensgefährlich verletzt. Das fünfte Mitglied der Familie, ein siebenjähriges Mädchen, blieb unverletzt.

Brüssel, 6. Mai. In der Dynamitfabrik von Matagne la Grande an der französisch-belgischen Grenze wurden durch eine Explosion drei Arbeiter getötet. Die Werkstätten wurden vollkommen zerstört.

Essen, 6. Mai. Die Untersuchung der Explosionskatastrophe in Batinasstiele, die acht Todesopfer forderte, hat ergeben, daß das Unglück durch die Tat eines Wahnsinnigen hervorgerufen wurde. Durch die Aussage des einzigen überlebenden Arbeiters ist erwiesen, daß der Vorarbeiter in einem Anfall von Geistesstörung unbemerkt von den anderen Arbeitern das Dynamit an den angeheizten Ofen gestellt hat.

Amsterdam, 6. Mai. Meldungen aus Zalt-Bommel (Provinz Gelderland) zufolge ist das Dorf Rossum heute nachmittag zum großen Teil durch eine gewaltige Feuersbrunst eingeäschert worden. Der Brand entstand in einem Arbeiterhäuschen und verbreitete sich bei dem herrschendem starken Winde sehr rasch. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften und der Stadt Zalt-Bommel eilten zu Hilfe. Bis 11 Uhr nachmittags waren bereits 17 Häuser und 20 Scheunen niedergebrannt.

Beileid der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 6. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Staatspräsident Dr. Bolz hat aus Anlaß des Ablebens des Herrn Kirchenpräsidenten D. Dr. v. Merz an den Evangelischen Oberkirchenrat folgendes Beileidsschreiben gerichtet: Bei dem überaus schmerzliche Verlust, der die evangelische Kirche in Württemberg durch das Hinscheiden des Herrn Kirchenpräsidenten D. Dr. v. Merz getroffen hat, spreche ich dem Evangelischen Oberkirchenrat und allen Angehörigen der evangelischen Kirche im Namen der württembergischen Staatsregierung das aufrichtigste und wärmste Beileid aus. Der Verewigte hat der evangelischen Kirche, deren oberster Behörde er seit Jahrzehnten angehört hatte, in einem langen Leben rastloser und aufopfernder Arbeit unschätzbare Dienste geleistet. Seine Hauptaufgabe hat der Verstorbene in der Heranbildung eines tüchtigen, den schweren Anforderungen unserer Zeit vollauf gewachsenen Pfarrstandes gesehen und er hat dabei immer in harmonischer Weise auch mit den staatlichen Behörden zusammengearbeitet. Begeistert für gute alte und neue Kunst nahm er auch an der Entwicklung des kirchlichen Bauwesens in unserem Lande führend Anteil und arbeitete außerdem eifrig mit bei der Pflege der vaterländischen Kunst- und Altertumsdenkmäler, sowie in allen Fragen des Kultur- und Heimatschutzes in Württemberg. Als erster Kirchenpräsident hat er sodann mit glücklicher Hand den bedeutungsvollen Uebergang in die neuen Verhältnisse vollzogen und an diesem wichtigen Wendepunkt des kirchlichen Lebens auch für die Belange des Staates volles Verständnis und freundliches Entgegenkommen bewiesen. Mit der württembergischen Staatsregierung trauern weite Kreise unseres Landes um den hochverdienten Mann und werden ihm ein dankbares Andenken bewahren." Außerdem hat der Kultminister dem Evangelischen Oberkirchenrat in einem herzlichen Beileidsschreiben die Teilnahme der Kultverwaltung an dem Hingang des Herrn Kirchenpräsidenten D. Dr. v. Merz ausgesprochen.

Hitler vor Gericht.

München, 6. Mai. Unter großem Andrang des Publikums begann am Montag vormittag vor dem Amtsgericht München-Au der neue Hitler-Prozeß, der sich um den Vorwurf dreht, daß die italienfreundliche Haltung Hitlers in der Südtiroler Frage auf italienische Geldunterstützungen zurückzuführen sei. Der Kläger Hitler und die 5 Beklagten waren persönlich erschienen. Major a. D. v. Graefe erklärte, daß Hitler durch seine verschiedenen Versammlungsreden Südtirol preisgegeben habe. Ein der italienischen Botschaft nahestehender Herr habe ihm gesagt, daß sich Mussolini bereit erklärt habe, die faschistische Bewegung in Deutschland zu unterstützen. Auf seine ausdrückliche Frage habe dieser Herr ihm erklärt, daß es sich um finanzielle Unterstützung handele. Von einer der deutschen Botschaft in Rom nahestehenden Stelle habe er erfahren, daß die Botschaft über die Zusammenhänge Hitler-Mussolini unterrichtet sei und daß die Botschaft wisse, daß die faschistische Bewegung Italiens die nationalsozialistische Bewegung mit Geld unterstütze. Als Zeugen beantragte Graefe, den Botschafter v. Neurath zu laden. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Frank, verwies jedoch darauf, daß die Ladung des Herrn von Neurath ganz aussichtslos sei. Nach kurzen Erklärungen der übrigen Angeklagten hielt Hitler eine politische Rede. Sein politisches Programm sei auf das Zusammenwirken mit den Staaten aufgebaut, deren eigenes Interesse ein Zusammengehen mit Deutschland geböte. Italien sei der Staat, dessen Interessen am wenigsten denjenigen Deutschlands zuwiderliefen. Daher trete er seit Jahren für ein deutsch-italienisches Bündnis ein. Das habe er schon zu einer Zeit getan, als der Faschismus in Italien noch nicht am Ruder gewesen sei. Entschieden verwahre er sich dagegen, daß diese seine politische Auffassung das Ergebnis einer finanziellen Beeinflussung vom Auslande, insbesondere von Italien, sei. Er bestritt entschieden, daß er überhaupt vom Auslande eine finanzielle Unterstützung erhalten habe. Er betrachte diesen Vorwurf als den gemeinsten und verletzendsten, den man ihm überhaupt machen könne. Bei der Zeugenvernehmung erklärte die Verlegersgattin Frau Elsa Bruckmann, die der nationalsozialistischen Bewegung nahesteht, daß sie wiederholt Gelder im Inlande für die Hitler-Bewegung gesammelt habe. Sie habe sich aber nie in Italien um Geld für Hitler bemüht. Sie bestätigte, daß Hitler erklärt habe, solange in Südtirol die Italiener so rigoros gegen die Deutschen vorgingen, werde er nie eine Reise nach Italien unternehmen. Die weitere Zeugenvernehmung ergab nichts Hitler Belastendes. Hitler selbst führte noch aus: „Wir empfinden das Unglück unserer abgetrennten Freunde in Südtirol als Nationalisten tief, aber wenn wir Freiheit erhalten wollen, müssen wir nationale Politik treiben, müssen wir auf Teile verzichten, um das Ganze zu retten. Ich würde es als ein nationales Verbrechen ansehen, wenn Deutschland hunderttausende von tatkräftigen Männern auf dem Schlachtfeld verbluten ließe, um sich Südtirol zu erobern, auf dem 240000 Deutsche wohnen und 400000 Italiener. Das Schicksal der Deutschen in Südtirol wäre besser gestaltet, wenn eine Verständigung zwischen Deutschland und Italien erfolgen würde, indem man Südtirol außerhalb der Aussprache stellte. Ich halte die Freundschaft mit Italien für die Zukunft Deutschlands unter allen Umständen für notwendig, da das Schicksal Deutschlands nicht von 250000 Südtirolern abhängt, sondern von 75 Millionen Deutschen."

Riesenwaldbrand zwischen Dortmund und Hagen.

Dortmund, 6. Mai. Wie die „Dortmunder Zeitung" meldet, ist am Montag vormittag in den zwischen Dortmund und Hagen liegenden Waldungen in der Nähe von Wittbräucke ein großer Brand entstanden. Bereitschaften der Dortmunder und Hagener Schutzpolizei wurden sofort an die Brandstelle entsandt, um dem verheerenden Element Einhalt zu gebieten. In den Mittagsstunden hatte der Brand bereits eine ungeheure Ausdehnung angenommen. Das Feuer begann bei Herdecke und wurde von dem starken Wind über den ganzen Wald verbreitet. Um 12 Uhr geriet ein Zweifamilienhaus auf dem Attenberg in Brand und wurde vollkommen vernichtet. Auch andere Häuser sind stark gefährdet. Der Anwohnerschaft bemächtigte sich eine Panik. Die Flammen schlagen weit über die Bäume hinaus. Der Qualm füllt das ganze Tal. Zur Bekämpfung des Brandes sind die Berufsfeuerwehren aus Hagen und Dortmund angerückt. Da wenig Wasser vorhanden ist und die Schlauchleitungen nicht ausreichen, versucht man, das Feuer mit Haken und Schippen zu bekämpfen. Ergänzend wird berichtet, daß das Feuer gegen 4 Uhr nachmittags gelöscht war. Leider ist dem Feuer ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Ein an Asthma leidender älterer Mann, der von dem Sprungfeuer in den Waldungen überrascht worden war, konnte sich nicht mehr retten und kam in den Flammen um.

Unwahre ausländische Alarmnachrichten.

Berlin, 6. April. Durch Newyorker Blätter werden Meldungen verbreitet, wonach die Berliner Schutzpolizei gemeutert habe und 450 der Beamten verhaftet worden sein sollen. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß an diesen Nachrichten kein wahres Wort ist, die Beamten vielmehr mit seltener Pflichttreue und Aufopferung ihren Dienst versehen haben, wofür auch die Tatsachen ein schlagender Beweis sind, daß nicht ein einziger von den 15000 Schutzpolizeibeamten sich während der kritischen Tage krank gemeldet hat und einige leichter verletzte Beamte, die sich in ärztliche Behandlung begeben sollten, dringend gebeten haben, bei ihren Kameraden bleiben zu dürfen. Von den Polizeibeamten sind 47 zu Schaden gekommen, darunter befinden sich 4 sehr schwer Verletzte mit Gehirnerschütterung. Von den restlichen 43 Beamten sind noch 10 erheblicher verwundet. Einer von ihnen ist durch einen Schuß, die anderen sind durch Schläge verletzt worden.

Zur Kassenlage des Reiches.

Berlin, 6. Mai. Der Plan, einen Teil der im Besitz des Reiches befindlichen Reichsbahnvorzugsaktien bei Sparkassen und sozialen Versicherungsträgern unterzubringen, wird aufrecht erhalten, aber kommt für den Augenblick nicht in Frage. Die Begebung einer Anleihe bis zu 500 Millionen, die mit wesentlichen Steuervorteilen ausgestattet ist, ist in einem Gesetzentwurf festgelegt, der zurzeit bereits dem Reichsrat vorliegt, welcher übermorgen dazu Stellung nehmen dürfte. Alsdann kann das Gesetz an den Reichstag gehen. Maßgebend war der Wunsch, aus den dauernden Ultimoschwierigkeiten herauszukommen auf einem Wege, der zwar seine Bedenken hat, die aber zurückgestellt werden mußten. Die Gefahr des Zurückfließens einer Anzahl anderer Anleihen ist nicht zu leugnen, z. B. bei der Reinhold-Anleihe. Ob eine Steueramnestie vorgesehen werden soll, kann noch nicht beantwortet werden, ebenso wird

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Frage, wann getilgt werden soll, noch erwogen. Es sollte jetzt vor allen Dingen die Möglichkeit zur Beschaffung einer solchen Anleihe geschaffen werden.

Bergmann nimmt seine Berufung zurück.

In der Berufungsverhandlung gegen den Lombardhaus-Besitzer Paul Bergmann und den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby I, die seit Wochen die große Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt, ließ heute vormittag, nachdem mehrere Zeugen ungünstige Aussagen gemacht hatten, Bergmann erklären, daß er seine Berufung zurückziehe. Oberstaatsanwalt Binder nahm daraufhin die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen Bergmann zurück. Das Urteil des Schöffengerichts, durch das Bergmann wegen fortgesetzten Betrugs zu 3 Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt ist, wird damit rechtskräftig. Die Berufung von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby und dem Angeklagten Ohnstein geht weiter, da sowohl diese beiden Angeklagten und die Staatsanwaltschaft die Berufung aufrecht erhalten.

Bisher 22 Haftbefehle wegen der Maiunrulte.

Berlin, 6. Mai. Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium sind bisher 85 Personen, die von der Polizei festgenommen waren, unter dem Verdacht der Beteiligung an den Maiunruhen vorgeführt worden. Der Vernehmungsrichter hat gegen 22 der Vorgeführten Haftbefehle wegen Verdachts des Aufruhrs, Landfriedensbruchs und des Widerstands gegen die Staatsgewalt erlassen. Weitere 31 Personen sind heute dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden. Die Verhöre dauerten bis in die Abendstunden. Die Obduktion der Opfer der Maiunruhen, die von der Staatsanwaltschaft angeordnet worden ist, muß vor einem Richter durch 2 Aerzte, darunter einem Gerichtsarzt, vorgenommen werden. Bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte und Neukölln sind bisher 8 Leichen der bei den Unruhen Getöteten obduziert und freigegeben worden. Bei einigen der Leichen hat man Kugeln im Körper gefunden, die einem Schießsachverständigen zur Klärung der Frage zur Untersuchung übergeben worden sind, von welcher Seite die tödlichen Schüsse abgegeben worden sind.

Wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.

Breslau, 6. Mai. Der erste Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den 29jährigen Kaufmann Karl Jagiella aus Frewstadt in Niederschlesien, dem zur Last gelegt wurde, sich in den Jahren 1923 bis 1927 in Gleiwitz und anderen Orten des versuchten Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht zu haben. Jagiella, der polnischer Staatsangehöriger ist, befindet sich seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Seit August 1928 verweigert er die Aufnahme von Nahrung, so daß er künstlich ernährt werden mußte. Heute mußte er in den Verhandlungssaal hineingetragen werden, und antwortete auf keine an ihn gerichtete Frage. Das öffentlich verkündete Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Ein Jahr der Untersuchungshaft wurde auf die Zuchthausstrafe angerechnet.

Attentat auf Woldemaras.

Kowno, 6. Mai. Als heute abend Ministerpräsident Woldemaras in Begleitung seines persönlichen Adjutanten Gudinas, seines Pflegesohnes und eines Fräulein Jodinaite seinem Auto entstieg, um im Staatstheater einem Konzert beizuwohnen, wurde auf ihn ein Attentat verübt. Im Vorgarten des Theaters wurden von 3 Personen 7 Schüsse abgegeben. Der persönliche Adjutant des Ministerpräsidenten war auf der Stelle tot, das Fräulein Jodinaite und der Pflegesohn Woldemaras' wurden durch Bauchschüsse schwer verwundet. Woldemaras selbst blieb unverletzt. Die Täter konnten bisher nicht festgestellt werden und sind anscheinend entkommen. Die Kriminalpolizei und die politische Polizei haben sofort die Untersuchung eingeleitet.

Das Zahlungsschema Owen Youngs.

Paris, 6. Mai. Bei dem Youngschen Vorschlag handelt es sich um eine Annuitätsstaffel, die mit 1675 Millionen Mark beginnt und jedes Jahr um 25 Millionen Mark steigt. Auf die Periode von 37 Jahren berechnet, gelangt man also zu einer Durchschnittsannuität von 1980 Millionen Mark, für die Dauer der ersten 10 Jahre gerechnet auf eine solche von 1787 Millionen Mark. Wenn man den Zinsen- und Tilgungsdienst für die Dawesanleihe einbeziehen will, wird sich die auf 37 Jahre berechnete Durchschnittsannuität auf 2050 Millionen Mark stellen. Bei den Zahlen des Youngschen Schemas sind alle Leistungen, die von Deutschland gefordert werden können, einbegriffen. Diese Youngschen Zahlen sind, wie bereits mitgeteilt, von der deutschen Delegation als Erörterungsgrundlage angenommen worden unter der Bedingung, daß bestimmte von Deutschland zu fordernde Voraussetzung wirtschaftlicher Natur berücksichtigt werden.

Die deutschen Vorbedingungen.

Paris, 6. Mai. Die deutschen Vorbedingungen für die Annahme des Young-Vorschlags sind in der Nacht zum Montag um 1 Uhr fertiggestellt worden und Montag früh durch Dr. Schacht Owen Young überreicht worden. Sie sollen als Grundlage für die weiteren Besprechungen Youngs mit den alliierten Vertretern dienen. Es steht in ihnen nicht, was nicht bisher in den Verhandlungen zwischen den Abordnungen besprochen wurde. Die Bedingungen sind ausschließlich, wie besonders betont werden muß, wirtschaftlicher Art. Die amerikanische Abordnung hat auch durch den Mund Owen Youngs bereits mitgeteilt, daß sie deren Annahme für angebracht erachte. Die deutschen Sachverständigen sehen sich gezwungen, wenn sie von den Zahlen abweichen, die sie wirtschaftlich allein vertreten zu können glaubten, in ihren Bedingungen Schutzmaßnahmen zu verlangen, die nicht nur für den Schuldner, sondern auch für die Gläubiger in gleichem Maße von Wert sein müssen. Die Auffassung der deutschen Sachverständigen ist bekannt. Sie glauben nicht, daß es tragbar wäre, ein Urteil über eine längere Zeitspanne als über 10 Jahre abzugeben. Eine Regelung über 10 Jahre hinaus ist nichts anderes, als eine Schätzung oder eine Rücksichtnahme auf politische Zweckmäßigkeit. Schon seit mehreren Wochen hat sich gezeigt, daß die Sachverständigenkonferenz nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu einem Ergebnis kommen kann. Es handelt sich nach dieser Erkenntnis nur noch um die Frage, in welchem Ausmaße die Sachverständigen auf politische Zweckmäßigkeit Rücksicht nehmen sollten. Sowohl für die Mitglieder des Sachverständigenausschusses, als auch für den Schuldner muß die Möglichkeit bestehen, die jetzt in Ausarbeitung befindliche Regelung einer neuen Betrachtung zu unterziehen, wenn sich mit den Jahren ergeben sollte, daß die Ausführung des neuen Zahlungsplanes nicht möglich ist. Es handelt sich hierbei um eine Art Revisionsklausel, die auf Antrag des Reiches eine neue Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeiten auslösen muß. Es dürfte dabei wohl ein auf 2 Jahre berechnetes Transfer-Moratorium vorgesehen sein, das notwendigenfalls ausgedehnt, dadurch ergänzt wird, daß die innere Aufbringung der Kriegsentschädigungen für eine gewisse Zeit eingestellt werden könnte. Unter keinen Umständen kommt dabei, wie dies im Dawesplan der Fall war, eine Schätzung der Leistungsfähigkeit auf Grund eines Wohlstandsschlüssels in Frage. Diese Revisionsklausel dürfte für die Anwendung des zukünftigen Youngplanes von besonderer Bedeutung sein. Die Entscheidung wird bekanntlich erst nach der Rückkehr des französischen Hauptsachverständigen Moreau fallen, der am Dienstag früh in Paris zurückerwartet wird. Bis dahin wird Zurückhaltung notwendig sein. In diesem Augenblick, in dem die Verhandlungen völlig in der Schwebe sind und sich das Ergebnis nicht vorhersehen lassen kann, ist weder für oberflächlichen Optimismus noch für Pessimismus Raum.

Sportecke.

1. F.C. 08 **Birkenfeld** — **Union Böckingen** 0:2 (Halbzeit 0:1). Die Union Böckingen war am Sonntag bei den Birkenfeldern zu Gaste. Die Zuschauer waren von dem Spiel enttäuscht. Beide Mannschaften boten kein gutes Spiel, wenn auch die Böckinger im großen Ganzen den besseren Eindruck hinterließen. Bei der Union war es vor allem der Tormann und die Verteidigung, die besser spielten, auch der Innensturm mit Sammet II und Walter I zeigten ab und zu, daß sie können. Die Flügel waren bei beiden Mannschaften schlecht. Bei den Birkenfeldern zeigten die Läufer ein schlechtes Stellungsspiel, auch unterstützten sie beim Angriff den Sturm zu wenig. Nur Schmid I war ein unermüdlicher Schaffer. Der Sturm hatte gar nichts Stürmisches an sich; vor dem Tor war er viel zu lax und unentschlossen, so daß er gegen die gute Böckinger Hintermannschaft nichts zu bestellen hatte. Die reichlichen und guten Chancen wurden verschossen oder landeten in Dengstellers Armen, der den Tormann Schäbel sehr gut ersetzte. Der Schiedsrichter Wacker-Miefern waltete seines Amtes fast etwas zu genau und ließ dadurch manchmal ein flüssiges Spiel nicht aufkommen. N.

Birkenfeld.
Zwei
4 Zimmer-Wohnungen
in Neubau **zu vermieten.**
Roben u. Walker,
Echstr. 7.

Ein 12 bis 15 Monate alt.

Rind
zu kaufen gesucht.
Wer? sagt die Enztäler Geschäftsstelle.

Bekanntmachung.

Die Gemeinden **Bieselsberg** und **Kapfenhardt** beabsichtigen, ihre **Pumpstation am Reichenbach** auf Markung Bieselsberg durch Anbau **zu vergrößern** und an Stelle der veralteten Schwamkrug-Turbine eine neue Francis-Spiralturbine einzubauen.

An den Stauverhältnissen im Oberwasser und an der konzessionierten Wassermenge für die Turbine wird nichts geändert.

Damit zur Nichtwässerzeit ein größeres Gefälle ausnützbar ist, wird der Turbinenschacht durch eine ca. 38 Meter lange Zementrohrleitung von 50 Zentimeter Lichtweite mit einem tiefer gelegenen Punkt des Reichenbachs verbunden und das Rohgefälle von bisher 3,73 m auf 5,53 m gebracht werden.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind bei Verlust des Einspruchrechts **innerhalb 14 Tagen** beim Oberamt anzubringen, wo Pläne und Beschreibung zur Einsicht aufliegen.

Neuenbürg, den 6. Mai 1929.

Oberamt:
Dr. Schmid, Regierungsrat.

Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. für Gesellschaftsfirmen, vom 3. Mai 1929 bei der Firma **Kling & Trentzsch,** Baumaterialien, Sitz **Birkenfeld:** An Stelle des am 25. April 1929 verstorbenen Teilhabers Otto Trentzsch, Kaufmanns in Birkenfeld, ist, nachdem nach dem Gesellschaftsvertrag die Gesellschaft durch den Tod nicht aufgelöst ist, dessen Erbengemeinschaft getreten. Erben sind lt. Erbschein des Nachlaßgerichts Birkenfeld vom 1. Mai 1929 Herta Trentzsch, geb. 21. November 1908, Erich Trentzsch, geb. 25. Mai 1911, Gertrud Trentzsch, geb. 29. Juni 1914. Vertreter derselben ist der Vormund Theodor Müller, Gemeindepfleger a. D. in Birkenfeld. Den Kaufleuten Karl Wahl in Birkenfeld und Viktor Dettling in Pforzheim-Dillstein ist derart Gesamtprokura erteilt, daß sie gemeinschaftlich zur Vertretung der Firma befugt sind.

Birkenfeld, den 7. Mai 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere Mutter, Großmutter, Urgroßmutter

Wilhelmine Bischoff, geb. Vollmer,

gestern früh im Alter von nahezu 73 Jahren nach schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 6¼ Uhr.

Statt Karten!

Unsere am Samstag den 4. Mai 1929 stattgefundene Vermählung geben hiemit bekannt

Otto Müller, Schultheiss
und Frau Emilie, geb. Bäzner

Steinenbronn Feuerbach — Ottenhausen

Waldrennach, 6. Mai 1929.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Mutter, Groß-, Urgroß- und Schwiegermutter

Elisabeth Romoser

ist heute morgen im Alter von 76 Jahren in die Ewigkeit abgerufen worden.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 4 Uhr.

Ottofr. Sieferle
Pforzheim
Lammstraße 4.

Handarbeiten
Decken, Kissen, Stoffe, Garne, Bulgarenblusen, Kinderkleidchen, Schürzen, fertig und zugeschnitten.
Handgewebte Kleider-Stoffe, licht- und waschecht, Mtr. 2.60 Mk.
Aufzeichnungen aller Art.

L.K. Gemischter Chor.
Morgen Mittwoch 8 Uhr Singstunde.

Neuenbürg.
Gardinen-Stangen,
hell und dunkel, samt Zubehör empfiehlt
Albert Weik,
Drechslermeister.

Birkenfeld.
Schönes, großes, unmöbl.
Zimmer
mit Zubehör zu vermieten.
Kirchweg 45.

Dobel.
Ein ordentl.
Junge,
welcher Lust hat, die Schreinerei zu erlernen kann sofort eintreten.
Wilhelm Müller,
mech. Schreinerei.

Ext Fische!
Eingetroffen direkt von der See:
Kabliau
das Pfund im ganzen Fisch **25** Pfg.
im Anschnitt **27** Pfg.
Kabliau-Filet
Pfund **50** Pfg.
Pfannkuch

Birkenfeld.
Mein Kind **verlor** am Samstag von der Heerstraße bis zum „Adler" **10 Mark.** Der ehrliche Finder wolle das Geld abgeben bei
Christian Schroth.

Birkenfeld.
Eingetroffen:
Schwere
Trink-Eier,
100 Stück **12 Mk.,**
Schwere Italiener
100 Stück **11.50 Mk.,**
Wasserglas.
Lebensmittelhaus
Roth,
Kirchweg 40, Telef. 443

Erhältlich bei: Carl Mahler, Seifenfabrik, Neuenbürg.

Kauf' zum Beizen eine Dose, Denn „Reform" gibt es nicht lose!
Hören Sie auf Johann! Nur die Originaldosen garantieren reine Oelwachsware, die naß wischbar ist und nicht abfärbt. Und nur:
Frank's
„Reform-Beize"
Gelb, hellrot, rot, braun für Boden und Möbel
Für Linoleum und Parkett nur Frank's „Bohnerwachs"